

1 Barbara Lochner

2

3 Gesellschaftliche Auswirkungen der Abwanderung aus Sicht eines Jugendverbands

4

5 Seit einigen Jahren beschäftigt sich die Fachwelt öffentlich mit den Themen „Demo-
6 graphischer Wandel“ und „Abwanderung“. Was den demographischen Wandel in der
7 Bundesrepublik betrifft, hat die öffentliche Thematisierung relativ spät eingesetzt -
8 das Bundesinstitut für Demographie existiert bereits seit 1973. Abwanderung, wobei
9 wir in Thüringen reden vor allem von innerdeutschen Abwanderung sprechen, ist Teil
10 des demographischen Wandels neben und in Verbindung mit anderen Aspekten wie

- 11 ○ Allg. Bevölkerungsrückgang
- 12 ○ Veränderte Altersstrukturen
- 13 ○ Wandel der Familienstrukturen
- 14 ○ Regionale Veränderungen im zahlenmäßigen Geschlechter-verhältnis
- 15 ○ Regionale – überspitzt formuliert – Homogenisierung im Hinblick auf kulturelle
16 Herkunft und Bildungshintergrund (nicht nur im Verhältnis von Stadt - Land,
17 sondern auch innerhalb von Städten) und damit in Verbindung die Vertiefung
18 regionaler Unterschiede zwischen Arm und Reich (strukturschwach – florie-
19 rend)

20

21 Innerdeutsche Wanderungsprozesse an sich wären vermutlich keine Schlagzeile
22 wert, würden sie nicht korrelieren mit den anderen genannten Aspekten des demo-
23 graphischen Wandels. Wären z.B. mehr Jugendliche im Land bzw. würden genauso
24 viele zu- wie abwandern, wäre die Abwanderung einzelner weniger dramatisch.

25

26 Die Fakten zur Abwanderung sind bekannt: Viele junge Menschen verlassen Thürin-
27 gen auf der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz. Je besser qualifiziert
28 sie sind und insbesondere junge Frauen, gehen weg. Zurück bleibt der Rest. Hohe
29 Arbeitslosigkeit und schwindende Bevölkerungszahlen, ziehen soziale und kulturelle
30 Verödung von Gegenden nach sich.

31

32 Das Jugendwerk der AWO hat sich dem Thema der Abwanderung beschäftigt, weil
33 es auffallend war, welchen immens großen Gesprächsbedarf es bei den Jugendli-
34 chen dazu gibt. Im Rahmen eines Projekts haben wir Workshops und Interviews in

1 ganz Thüringen durchgeführt. Wir wollten die Frage des Bleibens oder Gehens dabei
2 nicht auf ein Arbeitsmarktproblem reduzieren. Utopien, Zukunftswünsche und Träu-
3 me der TeilnehmerInnen waren ausdrücklich gefragt. Nach einer realistischen Vor-
4 stellung ihrer Zukunft gefragt, äußerten viele Jugendliche, dass sie zumindest zeit-
5 weise nach Westdeutschland oder ins Ausland gehen würden, um Arbeit bzw. besse-
6 re Arbeit bzw. besser bezahlte Arbeit zu finden. Nur wenige schlossen diese Mög-
7 lichkeit kategorisch aus.

8 Ein anders Bild zeigte sich, in Bezug Zukunftsträume. Job und Karriere spielen dabei
9 nur insofern eine Rolle, dass Jugendliche sich wünschen, ihre beruflichen Pläne dort
10 verwirklichen zu können, wo sie sein *möchten*. In ihrer Utopie haben die Jugendli-
11 chen den Wunsch ihren Lebensort selbst zu bestimmen. In Gesprächen zu Zukunfts-
12 träumen drehte es sich häufig um Freunde und Familie, aber auch um ihr Umfeld,
13 das sie mitgestalten und in dem sie sich wohl fühlen. Planten unsere Gesprächspart-
14 ner in ihren Träumen den Wegzug aus Thüringen, sprachen sie nicht von Hessen,
15 Bayern oder Österreich, sondern von Kulturreisen in Asien oder dem kleine rote
16 Haus an einem See in Schweden.

17

18 Reden wir über Abwanderung, sind zwei sehr simple Grundsätze wichtig:

- 19 1. Blieben mehr Jugendliche hier, wären unsere Probleme anders, aber nicht
20 weg.
- 21 2. Ein zentrales Problem ist die Stigmatisierung und Aufgabe der „Hiergebliebe-
22 nen“.

23

24 Zur ersten These vorweg ein kleiner Exkurs: In verschiedenen Metropolen Zentralaf-
25 rikas sind 50% der Bewohner unter 19 Jahre alt. Neben sämtlichen Problemen, die
26 diese Länder haben, stellt dieser Fakt erstaunlicherweise kein positives Highlight dar,
27 da es u.a. an Erwachsenen, die die Fürsorge und Erziehung dieser Kinder und Ju-
28 gendlichen übernehmen und an Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für
29 diese jungen Menschen, mangelt.

30 Erscheint dieser Vergleich komplett unterschiedlicher Gesellschaften im ersten Mo-
31 ment absurd, ist eines jedoch gesellschaftlich unabhängig:

32

33 Sind Jugendliche da, muss man sich auch um sie kümmern.

34

1 Warum gehen Jugendliche denn weg? In Bezug auf das Projekt des Landesjugend-
2 werks der AWO lässt sich sagen – das Fernweh ist es nur bedingt. Ginge es nach
3 Abenteuerlust blieben die meisten eher hier (zumindest was die dauerhafte Abwan-
4 derung betrifft). Sie gehen weg, weil sie hier keine berufliche Zukunftsperspektive
5 haben. Die Schaffung von attraktiven Arbeits-, Ausbildungs- und Studienplätzen wür-
6 de deshalb mit Sicherheit wesentlich dazu beitragen, die Abwanderung junger Men-
7 schen zu stoppen bzw. für Ausgleich sorgen. Doch wie schwierig das ist, ist bekannt.

8

9 Zum zweiten lässt sich aus diesem Vergleich ein weiterer wichtiger Aspekt ableiten:
10 Jugendliche allein ins Blickfeld zu nehmen, ist zu wenig, da sich die Probleme, die
11 aus der Abwanderung resultieren, nicht ausschließlich auf das Individuum beziehen.
12 Die bereits genannte soziale und kulturelle Verödung, die stattfindende soziale Des-
13 integration betrifft ja nicht allein die Jugendlichen, sondern auch ihre Familien und
14 das Gemeinwesen, in dem sie leben. Diese Systeme zu stärken, Neustrukturierung
15 der sozialen Gemeinschaft zu fördern, auch das muss Ziel der Politik sein.

16

17 Es muss uns auch bewusst sein, dass Abwanderung zwar EIN Faktor gesellschaftli-
18 cher Veränderung ist, dessen Auflösung aber die Gesamttendenz des demographi-
19 schen Wandels nicht verändern würde. Die Gemeinschaften auf den Dörfern würden
20 trotzdem kleiner und die Notwendigkeit von erhöhter Mobilität des Einzelnen wäre
21 trotzdem gegeben. Schon jetzt zeichnet sich ein Abbau von Infrastruktur ab, der sich
22 nur schwer mit der Abwanderung junger Menschen erklären lässt, aber das Hierblei-
23 ben nicht attraktiver macht. Beispiele dafür sind die Auflösung von Theaterensembls
24 oder die Schließung von Jugendeinrichtungen.

25

26 Ein weiterer Punkt: Blieben alle Jugendlichen hier, würden immer noch Jugendliche
27 die Schule verlassen, die sich nicht ausreichend für eine Ausbildung qualifiziert ha-
28 ben. Ein Aspekt, der uns im Übrigen davon abhalten sollte, hoffnungsvoll auf den
29 Geburtenknick zur Lösung des Mangels an Ausbildungsplätzen zu warten. Der
30 Rückgang an Kindern und Jugendlichen bietet hier vielmehr die Chance, die finan-
31 ziellen Mittel für schulische Bildung von Quantität auf Qualität zu verlagern.

32

33 Zurück zu dem Projekt des Jugendwerks der AWO: Zielgruppe waren Jugendliche im
34 Alter von 16 – 25 Jahren und damit im wesentlichen die, die hier geblieben sind,

1 auch wenn erstaunliche viele der Jugendlichen von Ausbildungen bzw. Ausbildungs-
2 versuchen in Westdeutschland berichteten. In einem der ersten Workshops, die wir
3 durchführten, fragte ein Jugendlicher in der Auswertungsrunde nach unserer Motiva-
4 tion für die Durchführung des Projekts: „Ist es, weil die Politiker uns weghaben wollen
5 aus Thüringen?“ Ein Sozialarbeiter in einem anderen Jugendhaus berichtete davon,
6 wie sehr sich die Jugendlichen als Loser fühlten, wenn sie es nicht schaffen, den
7 Wohnort nach der Schule zu verlassen. Dieses Gefühl „Wenn du bleibst, bist du ein
8 Loser und eigentlich sind Jugendliche gar nicht gewollt“ ist uns häufig in den
9 Workshops begegnet, gepaart mit dem eigentlichen Wunsch, doch bleiben zu wollen,
10 weil sie im heimischen sozialen Umfeld Rückhalt und Orientierung finden bzw. am
11 ehesten zu finden hoffen. Die beschriebenen Schlüsse (es will uns keiner und es
12 bringt auch nichts hier zu bleiben) ziehen Jugendlichen z.B. aus Schul- und Einrich-
13 tungsschließungen, durch fehlende Unterstützung lokaler Jugendverbände, durch
14 fehlende Unterstützung von Mobilität usw. Während über den Aufbau von Infrastruk-
15 tur in Bezug auf Firmenansiedelung und Standortsicherung diskutiert wird, haben
16 diese Jugendlichen den Eindruck, dass keiner sich um ihre Bedürfnisse kümmert.

17

18 Zusammenfassend lässt sich sagen: Im Prinzip brauchen die Jugendlichen, die blei-
19 ben, die gleiche Unterstützung von Gesellschaft und Politik, wie jene die bleiben sol-
20 len – wenn nicht sogar mehr davon. Unterstützung, das bedeutet:

21

22 **Erhalt und Ausbau einer bedarfsgerechten Infrastruktur**

23 in Bezug auf ÖPNV, Freizeiteinrichtungen, Kulturangebote sind notwendig, damit
24 Gebiete nicht veröden und immer mehr den Anschluss verlieren. Das Problem der
25 Infrastruktur in Bezug auf Kultur und Freizeit ist dabei noch relativ leicht zu bewälti-
26 gen im Verhältnis zu Problemen, die z.B. durch die zu geringe Auslastung von Ab-
27 wasseranlagen und ähnliches hervorgerufen werden.

28

29 **Gemeinwesenarbeit**

30 Das lokale Gemeinwesen und die Familien müssen gestützt werden, um die soziale
31 Gemeinschaft zu erhalten. An Jugendarbeit und Schule wird häufig die überhöhte
32 Erwartung gestellt, dass sie alle Probleme auffangen sollen, mit denen Jugendliche
33 konfrontiert wird. Dies gelingt aber nur, wenn nicht nur Jugendliche selbst unterstützt
34 werden, sondern auch die Menschen in ihrer Umgebung.

1 **Qualität an Schulen und in der Jugendarbeit**

2 im Sinne von Umschichtung finanzieller Ressourcen, damit weniger Jugendliche die
3 Schule schlecht qualifiziert oder sogar ohne Abschluss verlassen bzw. man dem er-
4 höhtem Bedarf von außerschulischer Unterstützung gerecht wird.

5

6 **Zusammenarbeit von Schule und Jugendarbeit**

7 um vorhandene Ressourcen besser zu nutzen und damit alle Jugendliche erreicht
8 werden. Schulen müssen sich dafür stärker öffnen, aber auch auf der Ebene von Mi-
9 nisterien ist in Bezug auf die Zusammenarbeit von Kultus- und Sozialministerium ein
10 Umdenken notwendig.

11

12 **Ausbildungsmöglichkeiten schaffen**

13 denn nicht zuletzt brauchen Jugendliche, wie schon erwähnt, natürlich ausreichend
14 attraktive Möglichkeiten, sich auszubilden bzw. zu studieren, um zu bleiben.

15

16 **Stärkung der gesellschaftlichen Partizipation von Jugendlichen**

17 Damit ihre Interessen ausreichend vertreten werden. Mit der Verschiebung der Alter-
18 struktur verringert sich der politische Einfluss der jüngeren Generation, d.h. zum ei-
19 nen, dass sie zunehmend mehr darauf angewiesen sind, dass andere für sich ein-
20 setzen, dass bedeutet aber auch, dass noch stärker in Demokratieerziehung inves-
21 tiert und Teilhabemöglichkeiten aufgezeigt werden müssen. Nur dann haben Jugend-
22 liche nicht mehr das Gefühl eigentlich nicht gewollt zu sein. Jugendverbandsarbeit
23 kann hier einiges leisten, da sie demokratisch aufgebaut sind. Jugendparlamente
24 hingegen sind nur da sinnvoll, wo ihre Entscheidungshoheiten klar geregelt sind, das
25 heißt ihr Einfluss nicht nur eine Farce sind.

26

27 **Flächendeckung in der Jugend(verbands)arbeit**

28 denn auch wenn nur noch zehn Jugendliche in einem Ort leben, sind sie von dem
29 Recht auf Förderung ihrer Entwicklung nicht ausgeschlossen. Das bedeutet natürlich,
30 dass der finanzielle Pro-Kopf-Aufwand steigt (im Landesjugendwerk der AWO heißt
31 das z.B. dass wir Seminare für nur fünf Jugendliche machen, obwohl ja Fahrt- und
32 Personalkosten nicht weniger sind). Aber es lohnt sich, schon allein deshalb, weil die
33 Rechtsextremisten es dann wesentlich schwerer haben, Fuß zu fassen. Zudem
34 zeichnet Jugendverbandsarbeit ein Qualitätsmerkmal aus, das im Zusammenhang

1 mit Abwanderung und der Notwendigkeit an neuen Wohnorten gesellschaftlichen
2 Anschluss zu finden, zunehmend wichtig wird: Jugendverbände agieren in vielen Fäl-
3 len bundesweit und bieten damit Jugendlichen die Möglichkeit, trotz Wohnortswech-
4 sel Anschluss zu finden.

5

6 **Nachdenken über neue soziale Sicherungssysteme**

7 da der Aspekt „Arbeit“ zu stark im Mittelpunkt steht. Das Modell „Vollbeschäftigung
8 für alle“ ist nicht zukunftsfähig. Die Reaktionen der Jugendlichen in unseren
9 Workshops haben es gezeigt: Bei dem Versuch dem Modell zu entsprechen, lassen
10 sie Utopien und Lebensträume zurück. Dies hat z.B. Auswirkung auf die gesellschaft-
11 liche Beteiligung von jungen Menschen. Leben Menschen dort, wo sie möchten,
12 nehmen sie eher am gesellschaftlichen Leben teil und auch das muss ein wesentli-
13 ches Ziel jeder Politik sein.

14